

Parteipositionierung zu umstrittenen Technologien

Die innerparteiliche Meinungsbildung bei Bündnis 90/Die Grünen
zu neuen Pflanzenzüchtungstechniken

Ulrich Hartung, Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaften, Universität Greifswald, Ernst-Lohmeyer-Platz 3, 17489 Greifswald
(ulrich.hartung@uni-greifswald.de)  <https://orcid.org/0000-0002-6201-1878>

Jochen Müller, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin (jochen.mueller@hu-berlin.de)
 <https://orcid.org/0000-0003-4021-7442>

Jale Tosun, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg (jale.tosun@ipw.uni-heidelberg.de)
 <https://orcid.org/0000-0001-9367-5039>

43

Mit Blick auf die Positionierung von politischen Parteien hinsichtlich umstrittener Technologien stellt sich insbesondere die Frage, welche Bedeutung bestimmten innerparteilichen Akteuren zukommt und wie diese die Ergebnisse parteiinterner Aushandlungsprozesse beeinflussen. Um dies zu beleuchten, analysieren wir den Meinungsbildungsprozess von Bündnis 90/Die Grünen (B'90/Grüne) hinsichtlich neuer Pflanzenzüchtungstechniken wie CRISPR/Cas. Die Analyse zeigt, dass sich bestimmte Akteure für eine Neuausrichtung hinsichtlich der Verfahren einsetzen, während andere solch einen Kurswechsel klar ablehnen. Beide Seiten führen für ihre jeweilige Position zahlreiche Argumente an, die teilweise auf fundamental unterschiedlichen Haltungen basieren, etwa hinsichtlich der Bewertung von und des Umgangs mit Risiken. Dennoch gibt es Hinweise auf eine Kompromisslösung hinsichtlich der zukünftigen Positionierung von B'90/Grüne zu der umstrittenen Technologie. Für diesen Kompromiss wird eine verstärkte wissenschaftliche Technikfolgenabschätzung von zentraler Bedeutung sein.

Party positioning on controversial technologies

Opinion formation within Alliance 90/The Greens on new plant breeding techniques

With regard to the positioning of political parties on controversial technologies, the question arises of how important certain intra-party actors are and how they affect the outcomes of negotiation processes within parties. To shed light on this, we analyze the opinion-formation process of Alliance 90/The Greens regarding new plant breeding techniques such as CRISPR/Cas. The analysis shows that certain actors advocate a reorientation with regard to the new techniques, while others clearly oppose such a change of course. Both sides put forward numer-

ous arguments for their respective positions, some of which are based on fundamentally different positions, e. g., on how to evaluate and deal with risks. Nevertheless, there are indications of a compromise solution regarding the future positioning of Alliance 90/The Greens on the contested technology. For this compromise to succeed, further scientific risk assessment will be of central importance.

Keywords: *The Greens, intra-party democracy, new plant breeding technologies, party positioning*

Einleitung

Typischerweise sind die Positionen politischer Parteien zu Technologien bzw. technologischen Innovationen im Zeitverlauf recht stabil. Ihr programmatischer Wandel zu diesen Themen fällt in der Regel inkrementell aus – zumindest sofern er nicht durch fokussierende Ereignisse wie etwa Unglücke oder Naturkatastrophen verursacht wird (Meyer und Schön 2017). Eine zentrale Ursache dafür ist, dass die Einschätzung der Chancen und Risiken von Technologien unter den Parteimitgliedern und -eliten häufig unterschiedlich ausfällt und sich daher im parteiinternen Willensbildungsprozess extreme Haltungen nicht durchsetzen können. Zudem spielen in der Vergangenheit getroffene Entscheidungen und formulierte Positionen zu Technologien eine wichtige Rolle, weil sie den Möglichkeitsraum für neue Positionen eingrenzen. Gleichwohl bestehen bestimmte Konstellationen, welche es ermöglichen, dass sich paradigmatische Veränderungen von Parteipositionen zu Technologien auch unabhängig von fokussierenden Ereignissen vollziehen.

Im vorliegenden Beitrag betrachten wir einen besonders ausgeprägten Fall, bei dem eine fundamentale Position bzw. ein

This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution License
CCBY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>)
<https://doi.org/10.14512/tatup.29.3.43>
Submitted: 11.06.2020. Peer reviewed. Accepted: 21.10.2020

Markenkern einer Partei selbst offen zur Disposition gestellt wurde. Konkret untersuchen wir die Positionierung von Bündnis 90/Die Grünen (B'90/Grüne) zu neuen Pflanzzüchtungstechniken. Die Analyse des parteiinternen Aushandlungs- und Entscheidungsprozesses hinsichtlich dieser Thematik erscheint deswegen gewinnbringend, weil sich Die Grünen bislang immerfort kategorisch gegen die Grüne Gentechnik positionierten und diese Thematik sogar offensiv zur Wählerstimmengewinnung nutzten (Cooper 2009). Sie müssen sich daher zum technischen Fortschritt positionieren – es ist der Partei nicht möglich, sich bewusst nicht oder neutral zu verhalten (Hartung 2020). Zu-

Technikfolgenabschätzung und neue Pflanzzüchtungstechniken

Die Technikfolgenabschätzung (TA) befasst sich bereits seit ihrem Entstehen vor über einem halben Jahrhundert mit Bio- und Gentechnologien (Grunwald und Sauter 2018, S. 251–252). Ein jüngerer Bericht, der sich der TA neuer Pflanzzüchtungstechniken beschäftigt, wurde 2015 vom Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag vorgelegt (Sauter et al. 2015). In dem Bericht, welcher neue Pflanzzüchtungstechniken bzw. Genome-Editing-Verfahren zur Synthetischen Biologie

*Durch die besondere Form der Auseinandersetzung
– offen und ohne das Anmahnen von Geschlossenheit –
werden abweichende Positionen eingenommen und
Zielkonflikte ausbuchstabiert.*

dem setzten sich führende Parteipolitikerinnen und -politiker seit 2018 für eine mögliche Neuausrichtung hinsichtlich neuer Pflanzzüchtungstechniken ein.

Diesen Techniken, allen voran CRISPR/Cas, wird ein enormes Potenzial zur Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere der Ernährungssicherheit und des Klimawandels bescheinigt (Carroll und Charo 2015). Bei CRISPR/Cas handelt es sich um eine molekularbiologische Methode, welche es ermöglicht, das Erbgut von Organismen so zu verändern, dass bestimmte Eigenschaften gefördert oder unterdrückt werden (Genome-Editing). Dieses Editieren von Erbgut erfolgt mittels bestimmter CRISPR-Werkzeuge, welche durch gentechnische Verfahren in Zellen eingeführt werden. Nach der Vermehrung der Organismen sind die Fremdgene in etwa einem Viertel der nachfolgenden Generation nicht mehr vorhanden, jedoch die herbeigeführte Mutation, die anschließend an weitere Folgegenerationen weitergegeben wird.

Die Debatte um das neue Grundsatzprogramm von B'90/Grüne macht unterschiedliche Positionen hinsichtlich neuer Pflanzzüchtungstechniken sichtbar. Durch diese besondere Form der Auseinandersetzung – offen und ohne das Anmahnen von Geschlossenheit, die üblicherweise innerparteiliche Aushandlungsprozesse prägt – werden auch abweichende Positionen eingenommen und Zielkonflikte ausbuchstabiert. Im Verlauf des ursprünglich auf etwa zweieinhalb Jahre angelegten Prozesses zur Entwicklung des neuen Programms hatten/haben einfache Mitglieder, genauso wie grüne Bundesarbeitsgemeinschaften und andere parteinahe Organisationen, die Möglichkeit, ihre jeweiligen Standpunkte zu artikulieren und Änderungsvorschläge einzureichen. Der Fortgang der Diskussion konnte insbesondere online auf gruene.de/grundsatzprogrammprozess verfolgt werden.

hinzuzählt, wird aufgrund der überschaubaren Verwendung der neuen Verfahren (noch) kein Bedarf für Anpassungen der Regulierungen für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in Deutschland und der Europäischen Union gesehen (ebd., S. 10). Allerdings sei angesichts der „Dynamik der wissenschaftlich-technischen Entwicklung sowie der Regulierungsunterschiede in verschiedenen Weltregionen“ eine „vorausschauende, intensive Befassung mit der Risikoregulierung einer möglichen zukünftigen Freisetzung von SVO [synthetisch veränderten Organismen] durchaus angezeigt“ (ebd.). Zentral für die Abschätzung von Risiken sowie einer Bewertung der Risiken und des Nutzens der Organismen ist dem Bericht zufolge die Frage, wie eine zielführende Sicherheitsbewertung der Organismen ohne Vorhandensein substanzieller Äquivalente, also bekannter Ausgangsorganismen, durchgeführt werden müsste, damit das Ergebnis dieser Bewertung von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren als Grundlage für das Ausbringen solcher Organismen ins Freiland anerkannt werden würde (ebd., S. 11). Ab einem „größeren gentechnischen ‚Umbau‘“ würde sich diese Frage bei Pflanzen unmittelbar stellen, weil diese bis dato weitgehend nur in geschlossenen Systemen verwendet worden seien (ebd.). Dem Bericht zufolge ist zudem absehbar, dass eine weltweit ausgedehnte Verwendung von Genome-Editing-Verfahren dazu führen würde, dass „das Problem einer Sicherheitsbewertung bzw. Risikoabschätzung ohne substanziell ähnlichen, vertrauten Vergleichsorganismus“ eine hohe Dringlichkeit erhalte (ebd., S. 23). Die Intensivierung der Biosicherheitsforschung sei daher wohl „unumgänglich“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund zeigen wir zum einen, dass innerparteiliche Akteure von B'90/Grüne der TA hinsichtlich der neuen Verfahren prinzipiell hohe Bedeutung beimessen. Zum anderen zeigen wir, dass die Akteure insbesondere aufgrund der, den neuen Verfahren inhären-

ten Unsicherheiten unterschiedliche Schlussfolgerungen für den Umgang mit diesen ziehen. Dies ist entscheidend dafür, wie sich die Gruppen innerhalb der Partei hinsichtlich der neuen Verfahren positionieren sowie auf welche Art und Weise sie ihre Standpunkte rechtfertigen.

Analyse der parteiinternen Kontroverse

In die Debatte der Grünen über neue Pflanzenzüchtungstechniken brachten parteiinterne Akteure zahlreiche inhaltliche Argumente ein. Wir differenzieren dieses breitgefächerte Spektrum von Argumenten zunächst dahingehend, ob sie dafür verwendet werden, um eine Neuausrichtung der Partei zu den neuen Verfahren zu befürworten oder diese abzulehnen. Anschließend werden systematische Unterschiede und mögliche Motivationslagen herausgearbeitet.

Argumente für eine Neuausrichtung

Der Bundesvorstand um die Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck legte im Frühjahr 2018 anlässlich des Konvents zur Strukturierung der parteiinternen Debatte über das neue Grundsatzprogramm ein Impulspapier vor (B'90/Grüne 2018 a). Besondere Aufmerksamkeit erhielt die darin zum Ausdruck gebrachte Offenheit hinsichtlich neuer Pflanzenzüchtungstechniken. Baerbock und Habeck werfen die Frage auf, „ob bestimmte neue Technologien nicht helfen könnten, die Versorgung mit Nahrungsmitteln auch dort zu garantieren, wo der Klimawandel für immer weniger Regen oder für versalzene Böden sorgt“ (ebd., S. 5). Dem Vorstand zufolge müsste deshalb innerhalb der Partei darüber diskutiert werden, wie zukünftig mit die-

Positionierung von B'90/Grüne. Erstens sollten CRISPR/Cas und die anderen neuen Techniken – obwohl gentechnische Veränderungen, die mit diesen Verfahren vorgenommen werden, nicht nachweisbar sind – rechtlich als „Gentechnik“ eingestuft werden; dies entspricht der Position des Europäischen Gerichtshofs (Europäischer Gerichtshof 2018). Dabei solle die Regulierung weiterhin prozess- und nicht produktbasiert ausgerichtet werden. Zweitens müsse die Forschung mit CRISPR/Cas innerhalb der bestehenden Richtlinien ermöglicht werden. Drittens solle die Nutzung von GVO in der Landwirtschaft ermöglicht werden (ebd., S. 2–3).

In zwei weiteren Beiträgen sprachen sich zwei Mitglieder der Initiative Progressive Agrarwende sowie Paula Louise Piechotta und Till Westermayer, ehemaliger Sprecher der erwähnten BAG, für eine programmatische Neuausrichtung der Partei aus.¹ Schließlich forderte auch die Grüne Jugend Niedersachsen (2018), die „Gentechnik nicht pauschal zu verbieten“. Ihr Antrag wurde auf dem entsprechenden Landesparteitag zwar abgelehnt; der Vorgang verdeutlicht jedoch, dass das Thema die Partei auf verschiedenen Ebenen und auch außerhalb des Meinungsbildungsprozesses zum neuen Grundsatzprogramm bewegte.

Das Spektrum der Argumente, welche von den Befürwortern einer Neuausrichtung vorgebracht werden, ist umfangreich. Es reicht von der besseren Anpassung an den Klimawandel und einer nachhaltigeren Ausrichtung der Landwirtschaft bis zur Entmonopolisierung von Saatgutkonzernen. Zusammengebracht werden einige dieser Aspekte, gleichermaßen wie einige der genannten Personen, in einem Debattenbeitrag, zu dessen Unterzeichnern Landesminister (neben Landeswissenschaftsministerin Theresia Bauer auch Katharina Fegebank, die zweite Bürgermeisterin von Hamburg), Abgeordnete (unter anderem die

Das Spektrum der Argumente, welche von den Befürwortern einer Neuausrichtung vorgebracht werden, ist umfangreich.

sen Technologien umgegangen werden solle (ebd.). Das Impulspapier markiert somit den Ausgangspunkt der innerparteilichen und zugleich öffentlich geführten Kontroverse um die Positionierung der Partei zu neuen Pflanzenzüchtungstechniken. Den Vorstoß zur Kontroverse untermauerte Habeck wenige Wochen später, indem er forderte, „auch umstrittene Fragen, wie die nach neuen Züchtungen und neuen gentechnischen Verfahren offen [zu] diskutieren“ (B'90/Grüne 2018 b).

Eine mögliche Neuausrichtung wurde im Verlauf der folgenden zwei Jahre aus diversen Bereichen der Partei unterstützt. So plädierte etwa die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wissenschaft, Hochschule und Technologiepolitik für eine Neupositionierung zu den neuen Verfahren (B'90/Grüne 2018 c). Die BAG formuliert zudem drei Prinzipien für eine mögliche, zukünftige

forschungs- und technologiepolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion) sowie einfache Mitglieder und Wissenschaftler, die der Partei nahestehen, gehören (B'90/Grüne 2020 a).

Der Klimawandel und vor allem die sich aus diesem für die Landwirtschaft ergebenden Herausforderungen stellen zentrale Referenzpunkte der Debatte dar. So wird argumentiert, dass der Klimawandel eine rasche Anpassung der Landwirtschaft erfordere, welche alleine durch veränderte Anbaumethoden und eine gezielte Auswahl von Saatgut nicht zu bewerkstelligen sei. Das

¹ Die Progressive Agrarwende ist eine Initiative, an welcher auch mehrere, überwiegend junge Mitglieder von B'90/Grüne mitwirken und die zu einer „sozial und ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft“ auf „dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik“ beitragen will (Progressive Agrarwende 2020).

vorhandene Innovationstempo reiche „zur Rettung von Klima und Umwelt nicht mehr aus“, weswegen sich „[o]hne Technologiesprünge“ diese Herausforderung nicht effektiv adressieren lasse. Während die beiden Parteivorsitzenden noch nahelegten, zu „hinterfragen, ob bestimmte neue Technologien nicht helfen könnten“ (B’90/Grüne 2018 a), wird CRISPR/Cas im Verlauf der Debatte als „große Chance für eine nachhaltige Landwirtschaft“ bezeichnet (B’90/Grüne 2020 a). Die neuen Verfahren würden es etwa ermöglichen, solche Pflanzen zu züchten, die weniger Fungizide erfordern oder höhere Erträge versprechen; letzteres könne sowohl Flächen schonen als auch Monokulturen reduzieren (ebd.). Verbunden werden diese Überlegungen mit der Hoffnung, dass die wirtschaftlichen Potenziale nicht nur großen Saatgutkonzernen zugutekommen, sondern dem Allgemeinwohl (B’90/Grüne 2019).

Von Bedeutung ist zudem, von welchen Akteuren und wie der Begriff „Gentechnik“ verwandt wird. So bezweifeln die Befürworter einer Neuausrichtung, dass die neuen Verfahren mit „klassischer“ Gentechnik gleichgesetzt werden dürften. Habeck argumentierte mit Blick auf die Kritik an den Vorschlägen des Parteivorstands, man solle „nicht unreflektiert die alten Antworten darüberstülpen, wenn Dinge neu sind“ (Grossarth 2018). Ähnlich äußerte sich die BAG Wissenschaft, Hochschule und Technologiepolitik, die hinterfragte, ob die bisherigen Antworten der Partei in Anbetracht der von den neuen Verfahren neu gestellten ethischen Fragen noch adäquat seien. Zudem sei „[d]ie derzeit verbreitete Haltung, dass es nichts zu besprechen gebe, weil die grünen Positionen zur Gentechnik auch auf die neue Gentechnik unverändert anwendbar seien“, nicht haltbar (B’90/Grüne 2018 c).

Die Befürworter einer Neuausrichtung thematisieren durchaus auch etwaige Risiken. So stellte Habeck bereits frühzeitig fest, dass „neue gentechnische Verfahren [...] reguliert werden [müssten] und die Grundlagen des Lebens [...] nicht patentiert und kommerzialisiert werden [dürften]“ (B’90/Grüne 2018 b). Auch laut BAG sollte eine landwirtschaftliche Nutzung GVO nur dann ermöglicht werden, wenn diese von unabhängigen Zulassungsverfahren als für den Menschen und die Umwelt unbedenklich eingestuft wurden (B’90/Grüne 2018 c). Diesbezüglich wird auch die vermeintliche Überbetonung von Risiken durch Teile der Partei ins Visier genommen. So bezeichnen es zahlreiche Parteimitglieder als Aufgabe der Partei, die „Anwendungen der Biotechnologie differenziert nach ihrem Potenzial und möglichen Risiken für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft zu bewerten“ (B’90/Grüne 2020 a). Auch Theresia Bauer (2018) sprach sich für einen „reflektierten Einsatz der Gentechnologie“ aus. Ihr zufolge sei es „auch für Grüne kein kluger Weg“ die neuen Technologien weiterhin grundsätzlich abzulehnen. Vielmehr müsse „über Chancen und Risiken von neuen Technologien“ offen geredet und auf wissenschaftliche Risikofolgenabschätzung zurückgegriffen werden (ebd.). Diese Aspekte wurden auch etwa von Paula Louise Piechotta und Till Westermayer aufgegriffen, die führende Agrarpolitiker der Partei dafür kritisierten, dass diese „fast schon reflexhaft“ erklär-

ten, „dass es unnötig und falsch sei, diese Debatte überhaupt zu führen“ (B’90/Grüne 2018 d). Dabei müsse die Partei „ihre eigenen Positionierungen auf ein belastbares Fundament wissenschaftlicher Fakten stellen [...]“ (ebd.). An dieser Stelle geht das Argument über gentechnische Verfahren hinaus, da die bisherige Position der Partei als Ausdruck eines inkonsequenten Umgangs mit Forschungsergebnissen angesehen wird: „Etwas spöttisch zugespitzt: Alles mit Atomen oder Genen ist uns nicht ganz geheuer“, so Piechotta und Westermayer in einem Interview (Eubel et al. 2019).

Argumente gegen eine Neuausrichtung

Fünf Wochen nach dem Vorstoß des Bundesvorstands veröffentlichten die zuständigen Minister sowie agrarpolitische Sprecher auf Landes-, Bundes- und Europaebene ein Positionspapier, in dem sie diesen Vorstoß entschieden ablehnten (B’90/Grüne 2018 e). Sie argumentierten, dass „das Verhalten dieser gentechnisch veränderten Endorganismen in der Umwelt und bei Reproduktion – im Gegensatz zu natürlichen Organismen – bisher unbekannt“ sei. Daher könne es zu „ungewollten Genveränderungen und unvorhersehbaren Nebeneffekten“ sowie zur Vererbung von Genveränderungen kommen, weswegen ein Risiko möglicher Umweltschäden bestehe (ebd., S. 3). Außerdem seien Modifikationen an Pflanzen, einmal in die Natur eingebracht, nicht mehr rückholbar.

Zudem spannen die grünen Fachpolitiker den Bogen weiter: „eine seriöse Debatte über die sozio-ökonomischen Risiken der neuen Agro-Gentechnologien“ habe noch nicht stattgefunden (ebd., S. 4–5). Ähnlich äußerte sich der Sprecher für Gentechnik- und Bioökonomiepolitik der Bundestagsfraktion Harald Ebner – der die Grünen als „Partei der Nachhaltigkeit und der vorsorgenden Technikfolgenabschätzung“ bezeichnet – anlässlich der Präsentation des European Green Deal. Ihm zufolge haben neue Pflanzenzüchtungstechniken „in Bezug auf nachhaltige Lebensmittelproduktion nichts im Green Deal zu suchen, da es viel zu viele offene Fragen rund um die Risiken für Mensch und Natur“ gebe. Zudem seien „vielsprechendere, an widerstandsfähigen Systemen statt an einer einzelnen Technologie orientierte Ansätze wie Ökolandbau und Agrarökologie“ bereits vorhanden (B’90/Grüne 2020 b). Letzteres Argument ist von zentraler Bedeutung für die Ablehnung einer Neuausrichtung der Partei zu den neuen Verfahren. Denn, die parteiinternen Kritiker einer möglichen programmatischen Öffnung fordern im Kern eine grundsätzlich andere Form landwirtschaftlicher Praxis. Dass neue Züchtungstechniken dabei als wichtiger, wenn nicht sogar definierender, Teil des entgegengesetzten Pols verstanden werden, zeigt etwa ein Antrag der grünen Bundestagsfraktion mit dem Titel „Agrarwende statt Gentechnik“ (Deutscher Bundestag 2019, S. 3). Diesem Antrag zufolge sollten die neuen Verfahren auch in Zukunft gemäß des Vorsorgeprinzips reguliert und die ökologische Landwirtschaft gefördert werden (ebd.). Letzteres unterstreicht Harald Ebner, indem er die bisherige Bilanz von gentechnischen Anwendungen in der Landwirtschaft als „verheerend“ bezeichnet (B’90/Grüne 2018 f). Vergleichbare Einschät-

zungen der „konventionellen“ Gentechnik werden auch von der BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie der BAG Christ*innen hinsichtlich der neuen Verfahren angeführt. Ihrem Debattenbeitrag zufolge hat die Gentechnik ihre Versprechen nicht einlösen können. Vielmehr habe sie dazu gedient, „pestizidresistente Sorten zu schaffen, mit deren Nutzung eine zunehmende Intensivierung des industriellen Monokulturanbaus und ein immer höherer Pestizideinsatz mit gravierenden Umweltbelastungen sowie erschreckendem Biodiversitätsschwund einhergehen“ (B’90/Grüne 2020 c). Entsprechend verwirft Harald Ebner den vom Bundesvorstand benannten möglichen Nutzen der neuen Pflanzenzüchtungstechniken hinsichtlich des Klimawandels und der Ernährungssicherheit: „Alle Erfahrungen [zeigen], dass es dazu Gentechnik nicht braucht. Weder alte noch neue“ (B’90/Grüne 2018 f).

Vor dem Hintergrund des zu erwarteten Urteils des Europäischen Gerichtshofs hinsichtlich der regulativen Einordnung neuer Pflanzenzüchtungstechniken in der EU forderte die grüne Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, sich engagierter für eine Stärkung des Vorsorgeprinzips einzusetzen (Deutscher Bundestag 2019, S. 3). Ein Debattenbeitrag mehrerer grüner Politiker um die führenden Gentechnik-Kritiker Harald Ebner und den EU-Parlamentarier Martin Häusling stellte diesbezüglich Prämissen für eine Positionierung von B’90/Grüne auf (B’90/Grüne 2020 d). Demnach müssten die Grundsätze des Vorsorgeprinzips und der Rückholbarkeit bzw. Umkehrbarkeit, der Risikoprüfung und Kontrolle und der Kennzeichnung und Wahlfreiheit gewährleistet sein. Die Unterzeichner des Beitrags stehen den neuen Techniken extrem kritisch gegenüber, was unter anderem daran deutlich wird, dass sie hinsichtlich

Christ*innen mit Blick auf medizinische Anwendungen beim Menschen, beispielsweise durch eine Intervention in die Keimbahn mithilfe von CRISPR/Cas, „dafür, dass nicht ausschließlich wissenschaftsbezogen [...], sondern auch politisch, ökonomisch, ethisch oder religiös argumentiert werden muss“ (B’90/Grüne 2020 c). Die Gegner einer Neuausrichtung wehren sich schließlich gegen den Vorwurf, sie würden sich gegen wissenschaftliche Erkenntnisse sperren und wären von undifferenzierten Sichtweisen auf die neuen Verfahren geleitet. Harald Ebner hält solcher Kritik entgegen, dass B’90/Grüne „seit drei Jahrzehnten [...] zu einer differenzierten und immer wieder aktualisierten Bewertung“ der Gentechnik gekommen sei (B’90/Grüne 2018 f). Entsprechend sei der Vorwurf, die Partei sei „wissenschaftsfeindlich“ und würde Gentechnik „pauschal und undifferenziert ablehnen [...] nachweislich falsch“ (ebd.).

Motivationen

Die Motivation der grünen Landwirtschaftspolitiker, eine Neuausrichtung hinsichtlich neuer Pflanzenzüchtungstechniken abzulehnen, speist sich insbesondere aus deren Präferenz für die ökologische Landwirtschaft sowie aus ihrer Skepsis hinsichtlich möglicher Risiken. Die Bundestagsfraktion in ihrer Gesamtheit lehnte bislang eine auf Biotechnologie zurückgreifende Landwirtschaft ab. Stattdessen präferiert sie eine ökologische Ausrichtung durch eine umfassende Agrarwende. Nur wenige Befürworter einer Neuausrichtung sind euphorisch hinsichtlich der neuen Verfahren. Es sind insbesondere zwei Einschätzungen, mit denen sie ihr Eintreten für Grüne Gentechnik begründen. Zum einen sehen sie die Möglichkeit, dass diese dazu beitragen kann, negative Auswirkungen des Klimawandels abzu-

Die parteiinternen Kritiker einer möglichen programmatischen Öffnung fordern im Kern eine grundsätzlich andere Form landwirtschaftlicher Praxis.

der landwirtschaftlichen Nutzung davon ausgehen, dass „Neue Gentechnik [...] den Pfad weiterer Intensivierung, Technisierung, Industrialisierung“ unterstützten würde und Pfadabhängigkeiten schaffe (ebd.).

Ein weiteres Argument, welches von parteiinternen Akteuren gegen eine mögliche Neuausrichtung der Partei zu neuen Pflanzenzüchtungstechniken ins Feld geführt wird, betrifft die ökonomische Konzentration im Saatgutbereich. So kritisiert die Bundestagsfraktion, dass die „verfestigten Strukturen [...] durch neue günstiger anwendbare Technologien der Gentechnik wie CRISPR/Cas und andere nicht aufzubrechen“ seien, weil nahezu sämtliche resultierende Pflanzen und Tiere patentiert werden würden (Deutscher Bundestag 2019, S. 2). Außerdem werden ethische Argumente angeführt. So plädieren die BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und die BAG

mildern. Zum anderen halten sie die Risiken eines Einsatzes der neuen Verfahren für durchaus kontrollierbar – oder zumindest für noch unklar.

Die innerparteilichen Positionen umspannen sowohl extrem progressive Forderungen nach einer wissenschaftlich reflektierten Nutzung der neuen Techniken zugunsten des Allgemeinwohls als auch solche, die gentechnische Verfahren vollständig ablehnen. Die Bewertung von und der Umgang mit Risiken stellt einen der trennenden Faktoren in der innerparteilichen Debatte dar. Dabei stehen die Kritiker einer Neuausrichtung in der Parteitradition. Im Grundsatzprogramm von 2002 etwa wird Grüne Gentechnik noch entschieden abgelehnt, was mit einer möglichen „Abhängigkeit der Bauern von der Agro-Industrie“, dem Erhalt der Sortenvielfalt und „noch längst nicht ausgeleuchteten“ „ökologischen und gesundheitlichen Risiken“ begründet

wird (B'90/Grüne 2002, S. 57). Diese Position zur Grünen Gentechnik entspricht einer grundsätzlich skeptischen Perspektive auf Verheißungen des technologischen Fortschritts, die Teil des ökologischen Paradigmas und damit auch Bestandteil der Programmatik grüner Parteien ist. Hingegen verorten sich die Befürworter einer Neuausrichtung auf der Seite der Wissenschaft und deuten skeptische Haltungen bisweilen als Ausdruck einer latenten Wissenschaftskepsis.

Doch warum initiierte der Parteivorstand überhaupt die parteiinterne Kontroverse über neue Pflanzenzüchtungstechnologien? Die Kontroverse barg erhebliche Potenziale für eine Entfremdung von Teilen der Wählerschaft. Zudem nahm der Vorstand in Kauf, dass parteiinterne Konflikte auftreten und sichtbar werden. Hier kommen mehrere konkurrierende und/oder komplementäre Erklärungen infrage. Erstens könnte der Vorstand eine Neuausrichtung der Partei im Sinne einer konsequenten Bearbeitung des Themas „Klimawandel“ als zielführend erachtet haben, was einem funktionalistischen Argument entspräche. Zweitens könnte der Vorstand die ablehnende Position abschwächen wollen, um auch hinsichtlich dieser Thematik Offenheit für lagerübergreifende Koalitionen zu signalisieren. Drittens könnte der Vorstand die offene Diskussion über neue Pflanzenzüchtungstechniken in wahlstrategischer Hinsicht nutzen wollen, und zwar um B'90/Grüne als Partei zu positionieren, die sich selbst extrem kontroversen Debatten stellt. In diesem Zusammenhang könnte die sich verändernde Mitgliederstruktur der Partei bedeutsam sein, insbesondere der Zuwachs an jüngeren Mitgliedern, die wissenschaftlich orientiert sind und durch den Klimawandel politisiert wurden.

Fazit

Das Ergebnis der Debatte über eine mögliche Neupositionierung der Grünen zu neuen Pflanzenzüchtungstechniken ist noch nicht absehbar. Vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie war die Entscheidung darüber für November 2020 im Rahmen der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms zu erwarten. Hierbei muss sich nicht notwendigerweise eine Position durchsetzen. Vielmehr liegen Hinweise auf eine Kompromisslösung vor. Eine solche könnte sich an den Prinzipien orientieren, die von der BAG Wissenschaft, Hochschule und Technologiepolitik aufgestellt wurden. Demnach würden die Grünen die wissenschaftliche Forschung mit den neuen Verfahren unterstützen und den landwirtschaftlichen Anbau entsprechender Pflanzen unter den bestehenden Regelungen, insbesondere der Zulassungsverfahren und der Anwendung des Vorsorgeprinzips, tolerieren. Diesbezüglich gehen wir davon aus, dass auch eine verstärkte wissenschaftliche TA der neuen Verfahren Teil eines Kompromisses sein wird.

Wie schwierig es für B'90/Grüne sein kann, einen Kompromiss herzustellen und auch umzusetzen, zeigt ein Vorgang im grün regierten Baden-Württemberg. Landeswissenschaftsministerin Theresia Bauer war im Sommer 2020 im Begriff, Ver-

suche mit gentechnisch veränderten Pflanzen im Umfang von 5 Mio. Euro zu fördern. Der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann unterband dieses Programm jedoch mit Hinweis auf Bedenken in der grünen Landesfraktion (auch ökologische Landwirte und Bienenschützer hatten Kritik geäußert; Stuttgarter Zeitung 2020). Angesichts solcher Vorgänge bleibt abzuwarten, wie eindeutig sich B'90/Grüne hinsichtlich neuer Pflanzenzüchtungstechniken positioniert. Dass in diesem Feld für relevante Teile der Partei auch Kompromisse nicht vorstellbar sind, wird spätestens im Falle einer Regierungsbeteiligung zu nicht unerheblichen Spannungen führen.

Literatur

- B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. Online verfügbar unter <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Grundsatzprogramm-2002.pdf>, zuletzt geprüft am 08.06.2020.
- B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2018 a): Neue Zeiten. Neue Antworten. Das Politische braucht einen Neustart. Online verfügbar unter <https://www.gruene.de/artikel/das-politische-braucht-einen-neustart>, zuletzt geprüft am 25.05.2020.
- B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2018 b): Wie leben wir in einer Welt, die zwei Grad wärmer ist? Online verfügbar unter <https://www.gruene.de/artikel/wie-leben-wir-in-einer-welt-die-zwei-grad-waermer-ist>, zuletzt geprüft am 18.09.2020.
- B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2018 c): Chancen und Risiken der „neuen Gentechnik“. Positionspapier der BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik zu CRISPR. Online verfügbar unter <http://bag-wht.de/2018/10/chancen-und-risiken-der-neuen-gentechnik/>, zuletzt geprüft am 18.09.2020.
- B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2018 d): Vom schwierigen Verhältnis zwischen Grün und Wissenschaft. Online verfügbar unter <https://www.gruene.de/artikel/vom-schwierigen-verhaeltnis-zwischen-gruen-und-wissenschaft>, zuletzt geprüft am 25.05.2020.
- B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2018 e): Positionspapier zur Agrogentechnik inklusive neuer gentechnischer Züchtungsmethoden wie CRISPR/Cas. Online verfügbar unter https://www.martin-haeusling.eu/images/180524_Positionspapier_zu_den_neuen_Gentechniken_B90_Die_Gruenen.pdf, zuletzt geprüft am 25.05.2020.
- B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2018 f): Wir Grünen müssen das Recht auf Wissen über Gentechnik verteidigen. Online verfügbar unter <https://www.gruene.de/artikel/wir-gruenen-muessen-das-recht-auf-wissen-ueber-gentechnik-verteidigen>, zuletzt geprüft am 25.05.2020.
- B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2019): Debattenbeitrag. Grüne Gentechnik neu bewerten. Online verfügbar unter <https://www.gruene.de/artikel/gruene-gentechnik-neu-bewerten>, zuletzt geprüft am 25.05.2020.
- B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2020 a): Neue Zeiten, neue Antworten. Gentechnikrecht zeitgemäß regulieren. Online verfügbar unter <https://www.gruene.de/artikel/neue-zeiten-neue-antworten-gentechnikrecht-zeitgemaess-regulieren>, zuletzt geprüft am 18.09.2020.
- B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2020 b): Gentechnik hat im Green Deal nichts zu suchen. Online verfügbar unter <https://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen/gentechnik-hat-im-green-deal-nichts-zu-suchen>, zuletzt geprüft am 25.05.2020.

B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2020 c): Resolution der BAG Landwirtschaft & ländliche Entwicklung und der BAG Christ*innen zu gentechnischen Verfahren. Online verfügbar unter <https://www.gruene.de/artikel/resolution-der-bag-landwirtschaft-laendliche-entwicklung-und-der-bag-christ-innen-zu-gentechnischen-verfahren>, zuletzt geprüft am 18. 09. 2020.

B'90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen (2020 d): Debattenbeitrag. Agrarwende statt Gentechnik. Online verfügbar unter <https://www.gruene.de/artikel/agrarwende-statt-gentechnik>, zuletzt geprüft am 18. 09. 2020.

Bauer, Theresia (2018): Die Grünen dürfen die Chancen der Gentechnik nicht länger ignorieren. In: Spiegel Online, 24. 06. 2018. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/die-gruenen-und-die-chancen-der-gentechnik-gastbeitrag-theresia-bauer-a-1214385.html>, zuletzt geprüft am 25. 05. 2020.

Carroll, Dana; Charo, R. Alta (2015): The societal opportunities and challenges of genome editing. In: *Genome Biology* 16 (1), 9 S. DOI: 10.1186/s13059-015-0812-0.

Cooper, Alice (2009): Political indigestion. Germany confronts genetically modified foods. In: *German Politics* 18 (4), S. 536–558. DOI: 10.1080/09644000903349382.

Deutscher Bundestag (2019): Drucksache 19/13072. Antrag der Abgeordneten Harald Ebner, Renate Künast und andere und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Agrarwende statt Gentechnik – Neue Gentechniken im Sinne des Vorsorgeprinzips regulieren und ökologische Landwirtschaft fördern. Online verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/130/1913072.pdf>, zuletzt geprüft am 25. 05. 2020.

Europäischer Gerichtshof (2018): Organisms obtained by mutagenesis are GMOs and are, in principle, subject to the obligations laid down by the GMO Directive. Online verfügbar unter <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180111en.pdf>, zuletzt geprüft am 25. 05. 2020.

Grossarth, Jan (2018): Wir dürfen uns nicht von Ängsten leiten lassen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. 07. 2018. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/im-gespraech-robert-habeck-bundesvorsitzender-der-gruenen-15695935.html>, zuletzt geprüft am 25. 05. 2020.

Grüne Jugend Niedersachsen (2018): Grüne Gentechnik. Neustart einer Debatte. Online verfügbar unter <https://gj-nds.de/blog/2018/10/gruenegentechnik/>, zuletzt geprüft am 25. 05. 2020.

Grunwald, Armin; Sauter, Arnold (2018): Technikfolgenabschätzung zukünftiger Bio- und Gentechnologie. Visionen und Partizipation. In: Ferdinand Hucho et al. (Hg.): *Vierter Gentechnologiebericht. Bilanzierung einer Hochtechnologie*. Baden-Baden: Nomos, S. 251–270. DOI: 10.5771/9783845293790-250.

Hartung, Ulrich (2020): Why parties take neutral positions on policy issues. Insights from the German Christian Democratic Union. In: *German Politics* 29 (2), S. 131–159. DOI: 10.1080/09644008.2019.1667978.

Eubel, Cordula; Friebe, Richard; Karberg, Sascha; Schumann, Florian (2019): Die doppelten Maßstäbe der Grünen im Umgang mit der Wissenschaft. In: *Der Tagesspiegel*, 15. 11. 2019. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/von-gentechnik-bis-homoeopathie-die-doppelten-massstaebe-der-gruenen-im-umgang-mit-der-wissenschaft/25230920.html>, zuletzt geprüft am 18. 09. 2020.

Meyer, Marco; Schön, Harald (2017): Avoiding vote loss by changing policy positions. The Fukushima disaster, party responses, and the German electorate. In: *Party Politics* 23 (4), S. 424–436. DOI: 10.1177/1354068815602145.

Progressive Agrarwende (2020): Selbstverständnis. Online verfügbar unter <https://progressive-agrarwende.org/selbstverstaendnis>, zuletzt geprüft am 29. 05. 2020.

Sauter, Arnold et al. (2015): *Synthetische Biologie. Die nächste Stufe der Bio- und Gentechnologie*. Berlin: Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. Online verfügbar unter https://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/zusammenfassungen/TAB-Arbeitsbericht-ab164_Z.pdf, zuletzt geprüft am 11. 10. 2020.

Stuttgarter Zeitung (2020): Streit um Gentechnik. Winfried Kretschmann legt Forschungsprogramm auf Eis. In: *Stuttgarter Zeitung*, 21. 07. 2020. Online verfügbar unter <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.streit-um-gentechnik-winfried-kretschmann-legt-forschungsprogramm-auf-eis.2150ad29-d819-4a6d-b4fa-ca133572bb33.html>, zuletzt geprüft am 18. 09. 2020.



DR. ULRICH HARTUNG

ist Post-Doc-Stipendiat am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Greifswald. Er promovierte an der Universität Heidelberg zur Regulierung landwirtschaftlicher Biotechnologie.



PROF. DR. JOCHEN MÜLLER

ist Professor für Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er forscht insbesondere zu legislativem Verhalten, Regierungsbildung und Parteienwettbewerb.



PROF. DR. JALE TOSUN

ist Professorin für Politische Wissenschaft am Institut für Politische Wissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und Ko-Direktorin des Heidelberg Center for the Environment.